

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

September 2018

Toleranz!?

«WUCHE FÜRS LÄBE»

Eine Woche lang das Leben thematisieren: Dieses Anliegen stösst nicht nur auf Zustimmung.

Seiten 3, 4, 15

VOM TÄGLICHEN SCHMERZ

Ein Holocaustüberlebender erzählt. Und betrachtet aktuelle Tendenzen mit Besorgnis.

Seiten 8–10

KANTON ZÜRICH

- Hans Egli in den Regierungsrat!
- Kantonale Abstimmung
- Perspektiven für Ü50 verbessern

KANTONALTEIL

Inhalt

5-7

Volksabstimmung

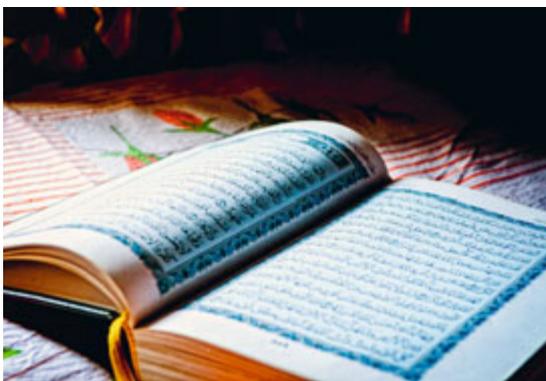


Ja zur Verkehrsentflechtung

Die Delegierten der EDU Schweiz waren sich am 11. August einig, dass der Gebrauch des Velos gesundheitsfördernd und umweltschonend ist. Gleichzeitig beunruhigt die massiv steigende Zahl von schwerverletzten E-Bike-Fahrern.

12

Islam



Staatliche Anerkennung?

Religion ist ein wichtiges Element einer Gesellschaft. Dass (im Kanton Zürich) die Landeskirchen und zwei jüdische Gemeinschaften staatlich anerkannt sind, macht historisch Sinn. Der Islam hingegen versteht sich als «Gegenreligion». Soll das Anerkennungssystem umgebaut werden?

Konzert mit TOBY MEYER

PREISTRÄGER „MARSCH FÜR'S LÄBE AWARD“



Wuche fürs Läbe

Donnerstag
13.09.2018
20 Uhr
Aathal

9. Marsch fürs Läbe

«ABTREIBUNG»

der Schmerz danach!

Wir haben abgetrieben.

15. Sept. 2018, 15 Uhr
Bern, Bundesplatz

- Kundgebung
- Musik
- Lifestorys
- Petition an den Bundesrat





www.marschfuerslaebe.ch

Mein aktueller «Stand-Punkt»



Liebe Leserin, lieber Leser

Kennen Sie den WhatsApp-«Status»? Das Tool bietet Zwei-Weg-Kommunikation: Ich teile mit, was mir wichtig ist, wo ich stehe und gehe, wie es auch meine Kontakte tun. Einfach. Spannend!

Diesen Sommer waren einige EDU-Freunde im Norden, etwa ein früherer Präsident der EDU Kt. Thurgau und der Präsi einer Zürcher Ortssektion. Hunderte von Kilometern entfernt, waren wir uns doch nah – dank Bildern und Kommentaren zum aktuellen Standort. Ein Kollege «statust» Einladungen zu Konzerten. Die Gratiswerbung stärkt auch die Beziehung: Ich weiss, wo er dran ist, kann Anteil nehmen, reagieren.

Die «Wuche fürs Läbe» werde ich per Status mit anderen teilen (Seite 4). Die Veranstalter fordern kein neues Verbot, sondern wollen Alternativen aufzeigen und Freude am (ungeborenen) Leben wecken. Bemerkenswert und mutig! Bestimmt finden die Abstimmungsvorlagen Ihre Aufmerksamkeit (ab Seite 5). Über den Schmerz eines Holocaustüberlebenden lesen Sie ab Seite 8. Wie «gläsern» ist der Mensch im Zeitalter der digitalen Datensammler (Seite 13)? Lesenswert ist Simon Füllemanns Statement auf Seite 17. Sein Status wäre eine Bereicherung für mein Smartphone.

Ihnen viele gute Erkenntnisse bei der Lektüre! Vielleicht sehen wir uns an der «Wuche fürs Läbe», in Aathal ZH oder auf dem Bundesplatz in Bern?

Thomas Feuz, Redaktionsleiter



Briefwechsel



Hoi Michel

Sälü Rösli

Am EDU-Weiterbildungstag war ich diesmal nicht, dafür hörte ich in Beatenberg Vorträge über Medien. Interessant!

Du hast die Bewegung angesprochen. In meinem Betrieb wird viel Wert auf Gesundheit gelegt. Spezielle Angebote fördern die Bewegung und tragen zur Ausgeglichenheit bei. Möglicherweise sind Politiker besonders gefährdet, ein Burnout zu bekommen. Es braucht viel Eigenverantwortung, um die Agenda nicht zu überfüllen. Und Erfolg ist schwierig zu messen. In deinem Alter kannte ich den Begriff Burnout nicht. Was wisst ihr Jungen darüber? Ich denke, dass Burnout «berufsunabhängig» ist. Vielleicht ist man als Christ besonders in Gefahr, alles richtig machen und vollen Einsatz leisten zu wollen... In einer Krise braucht man Menschen, die zuhören und ermutigen. Ich sehe aber gute Voraussetzungen, um neu zu erkennen: Ich bin von Jesus bedingungslos angenommen und geliebt, Vergebung ist da.

Weitere Frage: Nimmst du am Marsch fürs Läbe teil?

Sehen wir uns in Bern?

Es grüsst dich Rösli

Mir fällt auf, dass es bei allen grosse Unterschiede gibt. Die einen nehmen alles sehr ernst, die andern nehmen's eher easy. Dann spielt sicher auch die Art der Tätigkeit eine Rolle. Bei uns Jungen ist Leistung wichtig, wenigstens auf der Arbeit. Trotzdem finde ich es nicht gut, wenn Menschen nur nach ihrer Leistung beurteilt werden. Alle sollten ihren Beitrag einbringen können, je nach Begabungen und Talenten.

Mir fällt auf, dass viele Jugendliche schnell Witze machen: «Ja, ja, i überchume jetz de öppe o äs Burnout...» Dass es ein ernstes Thema ist, erlebte ich bei Papas Burnout vor zehn Jahren.

Vor sechs Jahren besuchte ich mit Papa fürs idea den «Marsch fürs Läbe» in Zürich und inhalierte eine Knallpetarde. Das tat weh. Papa fragte sofort einen Restaurantgast, ob er das Mineralwasser ausleihen dürfe...

Ich denke, dass wir uns am 15. September in Bern sehen. Meine Frage: Wie oft hast du schon am «Marsch» teilgenommen und warum? Wie bringt Ihr im Winter Farbe ins Heim?

Gruss, Michel

Abtreibung – der Schmerz danach

Dezentrale Anlässe in der ganzen Schweiz vom 8. bis 14. September und der 9. Marsch fürs Läbe am 15. September um 15 Uhr auf dem Bundesplatz in Bern brechen ein gesellschaftliches Tabu: den Schmerz nach einer Abtreibung. Auf dem Bundesplatz wird auch eine Petition vorgestellt.



Toleranz – auch gegenüber den Ungeborenen! Die «Wuche fürs Läbe» will ermutigen und Wertschätzung ausdrücken. Im Bild: Kundgebung 2016 in Bern.



David Gysel, Vertreter der EDU im OK «Marsch fürs Läbe»

«In der Öffentlichkeit gelten Abtreibungen oft als schnelle «Problemlösung» im Fall einer unwillkommenen Schwangerschaft. Leider wird dabei verschwiegen, dass viele Frauen, die ihr ungeborenes Kind abtreiben, später in seelische und körperliche Not geraten (Post-Abortion-Syndrom). So bleiben die Betroffenen mit ihren Leiden allein», heisst es im Flyer zum 9. Marsch fürs Läbe. Mit zwei Lebensberichten von betroffenen Frauen, einem Referat von Nationalrätin Andrea Geissbühler und der Vorstellung einer Petition wird dieses Schweigen am 15. September gebrochen. Betroffene sollen zum Weg der Vergebung, zu Versöhnung und Heilung ermutigt werden. Mit der Manifestation und einer Plakatkampagne wird die Öffentlichkeit sensibilisiert.

Anlass von EDU und Zukunft.ch

Im Rahmen der «Wuche fürs Läbe» organisieren die EDU Schweiz und die Stiftung Zukunft.ch ein Konzert mit Toby Meyer (s. Interview im «Standpunkt» 2/2018). Als Preisträger 2012 des «Marsch fürs Läbe-Award» mit seinem Lied «(Es chind isch es) Gschänk vom Himmel», als uneingeschränkter Befürworter des Lebensrechts und

mit seiner eigenen Lebensgeschichte spricht Meyer viele Hörer an. Er singt und erzählt über sein Lebensgefühl als ungeplantes und «unpassend» geborenes Kind, über Sehnsucht und wie er Hoffnung, Sinn und Freiheit findet. Toby Meyer berührt Jugendliche wie Erwachsene mit seiner Musik, ermutigt und sät Wertschätzung und Hoffnung.

Verschiedene EDU-Sektionen planen, im Rahmen der «Wuche fürs Läbe» Mitmenschen für die Lebensrechtsthemen zu sensibilisieren. Sollten solche Aktionen durch Drohbriefe oder Aktionen von Lebensrechtsgegnern eingeschüchtert oder gestört werden, gibt das OK gerne Auskunft über die laufenden Kontakte mit den juristischen Instanzen. •

➔ www.marschfuerslaebe.ch

Teilnehmen, Zeichen setzen! Konzert mit Toby Meyer

Donnerstag, 13. September 2018, 20 Uhr
GVC Aathal / SHED 15, Zürichstrasse 15,
8607 Aathal (vgl. Inserat auf S. 2)
Eintritt frei (Kollekte)

Ja zur Verkehrsentflechtung

Die Delegierten der EDU Schweiz waren sich am 11. August einig, dass der Gebrauch des Velos gesundheitsfördernd und umweltschonend ist. Gleichzeitig beunruhigt die massiv steigende Zahl von schwerverletzten E-Bike-Fahrern. Die Mehrheit der Delegierten erachtet die Veloweg-Abstimmungsvorlage vom 23. September als einen sinnvollen Beitrag zur Entflechtung des Verkehrs und zur Förderung der Velobenutzung.

David Gysel, Mitarbeiter EDU Schweiz

Nach dem Rückzug der Velo-Initiative kommt am 23. September der sogenannte «Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege» zur Abstimmung. Der Bund soll für Velowege neu die gleichen Aufgaben und Kompetenzen erhalten wie für Fuss- und Wanderwege. Gleichzeitig werden Bundesaufgaben und Kompetenzen geringfügig neu definiert. Die Hauptaufgabe und die konkreten Entscheidungen über Neubauten von Velowegen bleiben bei Kantonen und Gemeinden. Der Bund soll Massnahmen der Kantone und neu auch von Dritten koordinieren und unterstützen können und neu auch über die Wegnetze informieren können.

Umwelt, Gesundheit, Verkehrsentflechtung

Steigende Mobilität und Freizeitaktivitäten führen zu mehr Interessenkonflikten auf Strassen, Fuss-, Wander- und Velowegen. So ist etwa die Anzahl schwerverletzter E-Bike-Fahrer von 114 Personen im Jahr 2013 stetig gestiegen auf 224 im 2017. Deshalb scheint es

«**VERKEHRSPROBLEME LÖSEN MIT BEDARFSGERECHTEM ÖV, EFFIZIENTEM PRIVATVERKEHR UND FREIWILLIGEM MOBILITÄTSVERZICHT.**»

Aktionsprogramm der EDU Schweiz

der Mehrheit der EDU-Delegierten sinnvoll, dass der Bund in beschränktem Mass auch zur Verbesserung der Velowegnetze beitragen kann. Es bleibt dabei der Zwiespalt, dass die immer steigende Mobilität und die wachsende Freizeitindustrie mit entsprechenden Verkehrsbauten in einem gewissen Widerspruch zum allseitig proklamierten neuen Umweltbewusstsein stehen. Diesen Zwiespalt wird kaum eine politische Handlung einfach so lösen können. •

23. September:

Ja zum Bundesbeschluss «Velowege»



Der Boom ist ungebrochen. Dass auch der Zweiradverkehr seine Schattenseiten hat, ist leider eine Tatsache.

Spenden in WIR



Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.
Ihre EDU Schweiz

Landwirtschaft ja! Aber welche?

Am 23. September wird über zwei Landwirtschaftsvorlagen abgestimmt: die Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» und die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle». Die Forderungen sind sehr unterschiedlich.



Markus Wäfler, a. Nationalrat EDU,
Steinmaur ZH

Die beiden Volksinitiativen verfolgen ähnliche Ziele und bewirken, falls sie von Volk und Ständen angenommen würden, quasi eine 180°-Umkehr der von Volk und Kantonen bereits vor einem Jahr, am 24. September 2017, mit 78,7% Ja-Stimmen angenommenen Landwirtschaftspolitik im neuen Verfassungsartikel 104a über die Ernährungssicherheit. Diese entgegen der Nein-Parole der EDU deutlich angenommenen Weichenstellung der Landwirtschaftspolitik war der direkte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament zur zurückgezogenen Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» des Schweizerischen Bauernverbands. Dieser neue BV-Artikel 104a beauftragte den Bund zur Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion (Kulturland), zu einer standortangepassten Lebensmittelproduktion, zu einer marktorientierten Land- und Ernährungswirtschaft, zu grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen und zu einem ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

23. September:

Nein

zur
«Fair-Food»-
Initiative

Die beiden Landwirtschaftsinitiativen fordern erneut einen Kurswechsel. Doch führt dieser in die richtige Richtung?

«Fair-Food»-Initiative

Der Initiativtext ist im Abstimmungsbüchlein auf Seite 28 ersichtlich. Die Ziele im vorgeschlagenen BV-Artikel 104b (Absätze 1, 3, 4, 5) sind durchaus berechtigt. Allerdings sind diese Anliegen in aktuell geltenden Verfassungsbestimmungen bereits enthalten.

Für das berechtigte Anliegen im Absatz 2 betreffend gleiche Anforderungen für Importprodukte kann die Schweiz zwar den Bauern in andern Ländern keine Gesetzesvorschriften machen. Jedoch definieren Importeure und Grossverteiler diesbezüglich seit jeher Qualitätsanforderungen an ihre Lieferanten. Die gleichen gesetzlichen Massstäbe könnten auch durch Reduktion der schweizerischen Überregulierung auf das Niveau der Agrar-Handelspartner, etwa USA oder EU, angepasst werden.

Leider würde eine Annahme der Fair-Food-Initiative die heute schon überbordende Kontroll- und Bewilligungsbürokratie in der Landwirtschaft zusätzlich verstärken. Im Vergleich zu dem am 24.9.2017 angenommenen BV-Art. 104a, der eine umweltschonende, ressourceneffizient produzierende Landwirtschaft in offenen Märkten anvisiert, verlangt die «Fair-Food»-Initiative eher eine Verstärkung des Grenzschutzes für die schweizerische Landwirtschaft.

Initiative «Ernährungssouveränität»

Der Initiativtext ist im Abstimmungsbüchlein auf Seite 38 ersichtlich. Positiv zu werten ist die Wertschätzung der einheimischen Produktion sowie das Verbot der Subventionierung von Agrexporten in Abs. 9. Schade, dass ein solches Exportsubventions-Verbot nicht international durchgesetzt wird, denn mit direkten und indirekten Exportsubventionen zerstören sich die Länder gegenseitig den Agrarmarkt.

Die Initiative fordert aber eine noch stärker staatlich regulierte Landwirtschaft: praktisch alle Bereiche von Produktion, Vermarktung, Beschäftigung. Dass bestehende Strukturen mehr oder weniger unter staatlichen Schutz gestellt würden, erschwert notwendige strukturelle Marktanpassungen.

23. September:

Nein zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Auch hier gilt grundsätzlich, dass alle von der Initiative geforderten Massnahmen im Bereich ressourcenschonende Produktion, Umwelt-, Tier- und Kulturlandschutz grundsätzlich bereits im aktuell geltenden Verfassungs- und Gesetzesrecht enthalten sind. Deutlich stärker als die «Fair-Food»-Initiative steuert diese Initiative direkt gegen die am 24.09.2017 angenommene Weichenstellung. Während damals eine Landwirtschaft mit grundsätzlich «offenen Türen» beschlossen wurde, verlangt diese Initiative eine mit «geschlossenen und bewachten Türen». Probleme würde diese Volksinitiative für Ernährungssouveränität mit ihrem Absatz 4 bekommen in Sachen GVO (gentechnisch veränderte Organismen) in der Landwirtschaft. Die Frage der GVO wird nämlich nicht in der Schweiz entschieden, sondern in den wichtigen Agrarländern mit grossen Saatzucht- und Vermehrungsbetrieben. Die Schweiz ist schwergewichtig auf Saatgut-Importe angewiesen und züchtet und vermehrt nur noch eine kleine Auswahl von Kulturpflanzen.

Persönliche Einschätzung

Die landwirtschaftlichen Volksinitiativen, Parlamentsdebatten und Abstimmungen der letzten Zeit haben aufgezeigt, dass die Landwirtschaftspolitik vom Volk nicht einfach lautlos hingenommen wird. Das ist gut so. Es ist richtig, dass die Landwirtschaft mehr Eigenverantwortung übernehmen muss, auch bezüglich Produktionsmethoden. Es ist grundsätzlich ebenfalls richtig, dass bezüglich Umwelt- und Tierschutzvorschriften für in- und ausländische Produkte gleiche Massstäbe gelten sollen. Aber dies ist besser durch Reduktion der schweizerischen Überregulierung an das Niveau der Nachbar- und EU-Staaten zu realisieren. «Fair trade» zuerst für unsere Schweizer-Bauern! Dies durch Reduktion des Regulierungsdschungels und Befähigung zum Bestehen im Markt. Es ist in der Realität nämlich nicht so, dass hier die «guten» Bio-Produzenten sind und dort die «bösen» konventionellen Bauern. Bei Mangelsituationen geraten die Anforderungen an Bio-Ware auf dem Markt plötzlich schnell ins Rutschen und wird «Bio» deutlich relativiert.

Es ist eine Tatsache, dass sogenannte konventionell, das heisst nach Methoden der Integrierten Produktion (IP), produzierte Nahrungsmittel ressourceneffizient produziert, vollwertig und gesund sind. Die Ernährungs-Gesundheitsrisiken für Konsumenten kommen primär von der

Frage her, wie und wieviel wir essen, trinken, wie wir das Gleichgewicht von Arbeit/Bewegung/Sport, Ruhe, Schlaf, Ernährung beachten und wie wir mit Genussmitteln wie Alkohol, Nikotin oder mit Drogen umgehen. Auch bei der Diskussion um GVO in der Landwirtschaft wird das Nein-Lager in naher Zukunft anerkennen müssen, dass insbesondere mit den neuen GVO-Methoden wie Crispr/Cas9 hergestellte Pflanzen ohne Einbau von artfremden Genen wertvolle Lösungsansätze darstellen, zum Beispiel für Krankheitsresistenz, Resistenz gegen Bakterienbrand im Obstbau, Trockenheitsresistenz usw.

Dr. Urs Niggli, Leiter des Forschungsinstituts für biologischen Landbau, äusserte sich vor rund zwei Jahren in einer deutschen Zeitung, dass Crispr/Cas9-Methoden grosses Potential hätten, besonders im Bereich der Krankheitsresistenz, zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Er wurde dafür von Bio-Organisationen fast gesteigert. Auch in Deutschland kann – wie in der Schweiz – bei Grünen und vehementen Bio-Befürwortern anscheinend nicht sein, was aus philosophisch-politischen Gründen nicht sein darf. •

Parolen der EDU: Ja, Nein, Nein

Die EDU setzt sich für eine differenzierte Betrachtung von Verkehrs-, Ernährungs- und Landwirtschaftsthemen ein. Mit dem Ja der Delegiertenversammlung vom 11. August zur Veloweg-Vorlage wird im Verkehr eine Grundlage zur optimalen Koordination der Verkehrswege gegeben. Die starken staatlichen Interventionen der beiden Landwirtschaftsinitiativen führen nach Meinung der Mehrheit der Delegierten nicht zum gewünschten Ziel.

BB Velo-, Fuss- und Wanderwege: Ja (44; 28 Nein, 5 Enthaltungen; Referat: NR Balthasar Glättli, Grüne ZH)

VI «Fair-Food»-Initiative: Nein (62, 13 Ja, 5 Enthaltungen; Referate: pro NR Balthasar Glättli, Grüne ZH; kontra NR Christa Markwalder, FDP BE)

VI «Ernährungssouveränität»: Nein (39, 29 Ja, 7 Enthaltungen; Referate: pro Mathias Stalder, Koordinator der Initiative; kontra NR Christa Markwalder, FDP BE)



Bewegte Geschichte, bewegende Geschichten: Anna und Bronislaw Erlich, zwei der letzten Holocaust-Zeitzeugen.

«Die Gefahr nimmt wieder zu»

Eine gefälschte Geburtsurkunde machte aus dem Juden Bronislaw Erlich einen katholischen Polen. Als Zwangsarbeiter bei deutschen Bauern überlebte Erlich die Todesmaschinerie von Hitler. Die Gräueltaten des «Tausendjährigen Reichs» sind dem 95-jährigen noch heute täglich präsent.

Thomas Feuz, Redaktionsleiter

Herr Erlich, was bedeutet es für Sie, Jude zu sein?

Ich möchte nicht überheblich klingen, aber sehen Sie: Mit dem Judentum hat die menschliche Geschichte begonnen. Das Alte Testament ist die Quelle des ethisch-menschlichen Gedankenguts. Ich selber bezeichne mich als liberalen Juden. Je mehr sich die Grenzen verwischen, desto mehr wächst meine Überzeugung für meinen Glauben.

... und das Christentum?

Wir haben teils die gleichen heiligen Schriften. Für mich sind das Alte Testament und die 10 Gebote das schönste Werk, das die Menschheit bekommen hat. Die mit «meinen» Maschinen gedruckte Bibel in Polnisch ist ein schönes Geschenk eines befreundeten Pfarrers. Das Christentum hat sich über die ganze Welt ausgebreitet und stammt vom Judentum ab. Seine Geschichte ist leider auch eine Geschichte von Mord und Totschlag. Ich bin fest davon überzeugt, dass Antisemitismus mit dem Christentum unvereinbar ist.

Stichwort Holocaust. Sie schlafen schlecht, auch noch 70 Jahre nach Kriegsende ...

Ich grübele Nacht für Nacht darüber nach, warum meine Eltern und mein jüngerer Bruder Jakob unter diesem Regime sterben mussten. Mich beschäftigt die Frage, warum ausgerechnet ich überlebt habe.

Wie verlief Ihre Kinder- und Jugendzeit?

Mein Vater war Schneider, wie so viele Juden. Sie wissen vielleicht: Einem Schneider fehlen immer 24 Stunden. So kam Papa oft knapp zur Sabbatfeier. Nach der Volksschule machte ich eine zweijährige Berufslehre und büffelte an einer Abendschule Berufstheorie und andere Fächer. Als der Krieg ausbrach, war ich 16 Jahre alt. An jedem hohen Feiertag gingen wir in die Synagoge. Wir Kinder waren nicht fromm, aber folgten der Tradition. Wir liebten die jüdischen Feste, das Zusammensein in der Familie und das feine Essen – Bouillon, Nudeln, gefüllte Fisch... Meine Mutter war unerhört treusorgend und hatte immer «Naches» (Freude) an meinem Appetit.

Statt Todesinsasse in einem KZ wurden Sie Zwangsarbeiter ...

... das rettete mir das Leben. Als Pole, der ich aufgrund gefälschter Papiere war, hatte ich das «Recht», ein Sklave zu sein. Viele Polen wurden als Zwangsarbeiter bei deutschen Bauern eingesetzt. Alle deutschen Männer mussten ja an die Front. Ich erlebte viel Bewahrung und hatte erkannt: Es muss doch einen Gott geben!

Wie haben Sie letztendlich überlebt?

Nach der Flucht aus Warschau im Dezember 1939 wohnte ich in einem Gebiet, das im Juni 1941 von den Deutschen besetzt wurde. Die Juden wurden ab November 1942 aus ihren Wohnungen vertrieben und in ein Sammellager gebracht. Als Teil eines Arbeitskommandos wurde ich in das städtische Gefängnis verlegt und musste verlassene jüdische Wohnungen räumen. Dabei kam es zufällig zur Begegnung mit einem polnischen Bekannten. So gelangte ich in den Besitz einer polnischen Geburtsurkunde. Damit wagte ich erneut die Flucht.

Es bestand immer die Gefahr, als Jude erkannt zu werden. So passte ich mein literarisches Polnisch der ländlichen Sprache an und sang tapfer die christlichen Weihnachtslieder mit. Ich wusste: Wenn die Sache aufflog, könnte sofort die Ge-



... mit einem Bild von KZ-Leichen, die von den Nazis nicht «rechtzeitig» vor den Alliierten weggeräumt werden konnten.

stapo (Geheime Staatspolizei, Anm. d. Red.) erscheinen und mein Ende wäre da. Doch es war, als hätte Gott den Leuten den Mund zugehalten.

Sie machten auch Bekanntschaft mit den Sowjets ...

Das ist wieder eine andere Geschichte. Nach der Befreiung, ich war noch bei jenem Bauern in Deutschland, diente ich den Russen als Dolmetscher. Unser Quartier befand sich in einer Villa. Hier verhörten die Sowjets Nazibonzen und verfrachteten diese zur Zwangsarbeit nach Sibirien.

Und nach dem Krieg?

Da erlebte ich in der Küche des US-Militärpolizei-postens ein Schlaraffenland. Die neuen Machthaber schlemmten, während die hungrigen Deutschen um die Küchenabfälle, «Fressagen» bester Qualität, kämpften. Doch nach nur wenigen Monaten übernahmen die Sowjets die Herrschaft.

Wie lernten Sie Ihre Frau Anna kennen?

Durch Zufall – oder göttliche Vorsehung. Sie war eine friedliche Deutsche, ein sehr schönes, liebes Kind mitten unter Soldaten und erwachsenen Frauen und hat mir so schrecklich gefallen. Der erste Tanz mitten in allem Elend ist mir heute noch präsent.

Bronislaw Erlich, 95, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, Fotochemigraph (Druckgewerbe) und Verkaufsleiter, Referent und Autor von «Ein Überlebender berichtet» (Hartung Gorre Verlag, Konstanz), wohnhaft in Belp.

Holocaust-Überlebende. Die 2014 von Anita Winter gegründete Stiftung Gamaraal widmet sich den letzten Zeitzeugen in der Schweiz und engagiert sich im Bereich Wissensvermittlung über den Holocaust. Das Buch zur Ausstellung «The Last Swiss Holocaust Survivors» zeigt anhand kurzer Porträts auf, wohin Antisemitismus führen kann.

➔ www.last-swiss-holocaust-survivors.ch

➔ www.gamaraal.org

«ICH BIN ENTTÄUSCHT UND VERBITTERT. ABER ICH KÖNNTE KEINEM HEUTIGEN DEUTSCHEN ETWAS BÖSES ANTUN.»

Wie endete der Krieg für Sie?

Ich bekam eine Stelle in Breslau und begann die Suche nach meinen Geschwistern. Wie durch ein Wunder fanden wir uns dort unversehrt wieder. Wir drei überlebenden Geschwister weinten und lachten und weinten drei Tage lang. Mein Bruder überlebte als Soldat der Roten Armee, nach vier Jahren Fronteinsatz und zwei Verwundungen. Meine Schwester überlebte ein Zwangsarbeitslager in Sibirien. Und ich überlebte dank falscher Papiere mitten in Deutschland.

Warum wurde Israel nicht zu Ihrer neuen Heimat?

Ich bin 1958 tatsächlich ausgewandert. Auch meine Geschwister, die dort gestorben sind. Aber ich vertrug die Hitze nicht. Nach 20 Monaten reiste ich nach Deutschland aus, besuchte berufsbegleitend eine Abendschule, wurde Experte für Druckmaschinen und baute für eine englische Firma das Geschäft in Osteuropa auf.

Sie arbeiteten lange nach 65...

Ich hatte beruflich mit Druckereien in ganz Europa zu tun. Als Fotochemigraph machte ich Bilder druckfähig. Das war zu meiner Zeit eine halbe Wissenschaft. 35 Jahre lang war ich für die Schweizer Vertretung einer englischen Druckmaschinenfirma in Osteuropa tätig, 20 Jahre übers offizielle Pensionsalter hinaus. 1989 wurde ich «Sales Man of the Year». Alle, mit denen ich beruflich zu tun hatte, wurden meine Freunde.

Kommen wir zur Neuzeit. Was sagen Sie zum «Arabischen Frühling»?

Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Moslems friedlich sind. Es sind die Hassprediger, die Leute auf ihre Mitmenschen hetzen. So kommen viele dieser Menschen zu uns und fordern Toleranz. Ich meine: Sie sollten gegenüber ihren Gastgebern tolerant sein. Und einsehen, dass Messerstecher oder Vergewaltiger ihrer Religion schaden. Der Arabische Frühling hat den Falschen genutzt. Der Iran etwa nutzt die Lage aus und erhöht seinen Einfluss.

Wohin entwickelt sich Europa?

Ich stelle fest, dass die Werte bröckeln, dass der Zusammenhalt der Europäer abnimmt. Das Schlimme ist, dass es niemand wahrhaben will. Die deutlichen Worte von Bundesrat Ignazio Cassis gegenüber der UNRWA sind eine löbliche Ausnahme. Sonst duckt man sich meist vor dem erstarkenden Islam und schaut weg. Wer hingegen Israel beschimpft, wird häufig noch gelobt.

... Sie wollen die Erinnerung wachhalten.

Ich sprach in den letzten Jahren vor Hunderten von Menschen, auch Schülern. Es liegt mir sehr daran, dass jenes dunkle Kapitel der europäischen Geschichte nicht vergessen geht. Um zu informieren, nehme ich auch an interreligiösen Gesprächen teil. Ich scheue mich nicht, Klartext zu reden. Aber ich stelle fest, dass die Gefahr des Antisemitismus wieder grösser wird.

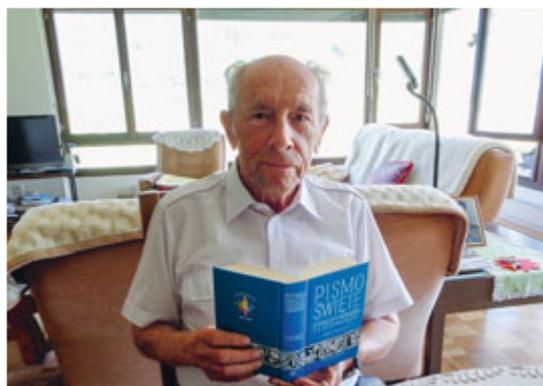
Und die anderen Holocaustüberlebenden?

Es gibt nicht mehr so viele. Aber es gibt einige, die unter falschem Namen unter uns leben, weil sie sich immer noch fürchten. Ich gehöre zu den wenigen, die im hohen Alter noch klar sprechen können. Das ist ein Geschenk, aber gleichzeitig auch eine grosse Verantwortung.

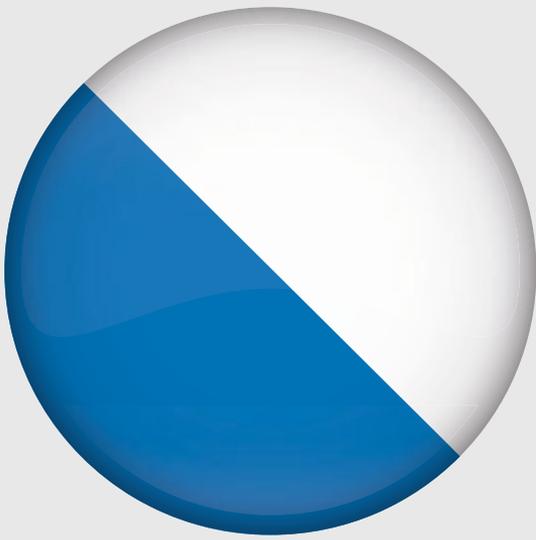
Offen gefragt: konnten Sie vergeben?

Kriegsopfer und Holocaustopfer haben viel Grund zur Wut auf das Dritte Reich. Die Nazis waren Barbaren mit Hass und grosser Mordlust. Sie demütigten und entehrten uns Juden, wo sie nur konnten. Nein, verzeihen kann ich ihnen nicht. Ich bin enttäuscht und verbittert. Aber ich könnte keinem heutigen Deutschen etwas Böses antun, das ist das Erstaunliche.

Herr Erlich, vielen Dank für dieses offene Gespräch.



Eine mit Borislaw Erlichs Maschinen gedruckte Bibel in polnischer Sprache.



KANTON ZÜRICH

Wessen Sieg?



Pia Gisler

EDU-Bezirkspräsidentin, Horgen

Jedes Leben ist geprägt von Siegen und Niederlagen. Beide haben ihren Sinn. Wenn wir gut mit Niederlagen umgehen, dienen sie zur persönlichen Reifung und zur Festigung unserer Gottesbeziehung. Da ist uns Hiob ein Vorbild.

Und die Siege? Wir lesen von Gideon und seiner Schlacht. Am Anfang waren 32'000 Mann bereit zu kämpfen, doch Gott hat das Heer auf 300 Soldaten reduziert, damit sich das Volk nach dem Sieg nicht auf seine eigene Kraft berufen konnte (Richter 7,2). Die Ehre für jeden Sieg gehört immer Gott allein. Sind wir nicht auch darum eine kleine Partei? Ja, manchmal wünschen wir uns, viel grösser zu sein. Aber darauf ist Gott nicht angewiesen. Er kann die politische Landschaft der Schweiz durch die EDU prägen. Wenn wir konsequent Seinen Willen suchen und in unseren Aufgaben treu sind, können wir darauf vertrauen, dass Gott für die Siege sorgen wird. Und dann dürfte auch die Frage nach Verdienst und Ehre dafür geklärt sein! •

Hitze, Trockenheit und Gottes Versprechen

**Mein
Standpunkt**



Michael Welz

Landwirt und alt EDU-Kantonsrat, Oberembrach

Unsere Wiesen sind braun. Hitze und Trockenheit haben uns voll im Griff. Im Stall herrscht Winterfütterung mitten im Hochsommer! Mit allen Mitteln versuchen die Medien, uns den vom Menschen verursachten Klimawandel mit teilweise nicht zutreffenden Bildern einzureden.

Mein Gott sagt in 1. Mose 8,20-22: «Nie mehr will ich wegen der Menschen die Erde vernichten,

obwohl sie von frühester Jugend an voller Bosheit sind! ... Solange die Erde besteht, soll es immer Saat und Ernte, Kälte und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht geben.»

Das gibt Zuversicht zum Säen, und ich will der Zusage Gottes mehr vertrauen als den Schlagzeilen der Medien! •

Nein zu mehr Film- und Medienförderung



Filmförderung gehört für die EDU nicht zu den prioritären Staatsaufgaben.

Die Filmstiftung im Kanton Zürich erhält rund einen Fünftel der kantonalen Kulturförderung. Das ist eine angemessene und genügende Unterstützung, davon ist die EDU überzeugt. Sie lehnt diese Initiative einstimmig ab.



Peter Häni
EDU-Kantonsrat, Bauma

Die Initianten fordern, dass die kantonalen Mittel für die Film- und Medienförderung gesetzlich verankert werden. Heute stehen aus dem Lotteriefonds jährlich 23 Mio. Franken für die Kulturförderung zur Verfügung. Die Zürcher Filmstiftung erhält einen Beitrag von 4,65 Mio. Franken, was einen Fünftel der Fördermittel ausmacht. Der Kanton Zürich hat sich der Pflege und dem Erhalt der kulturellen Vielfalt verpflichtet. Darum erhalten neben Filmproduktionen auch Tanz und Theater, Bildende Kunst, Literatur, Musik oder das Technorama Unterstützung. Nun möchten die Filmschaffenden zusätzliche staatliche Gelder. Eine Bevorzugung des Films gegenüber anderen Kulturbereichen ist sachlich aber nicht gerechtfertigt. Eine Bevorzugung einer einzelnen Sparte ist ein gesetzlicher Widerspruch.

Zudem gehört die Kulturförderung für die EDU nicht zu den prioritären Staatsaufgaben. Sie lehnt diese Initiative einstimmig ab. •



Derzeit erhält die Filmsparte einen Fünftel der kantonalen Kulturförderung.



Nein zur Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn ab Schlieren»



Nur eine ganze Limmattalbahn macht Sinn.

Die Initianten wollen auf den Bau der zweiten Etappe der Limmattalbahn verzichten. Dies, weil der betroffene Bezirk Dietikon in der Volksabstimmung das kantonale Bauvorhaben abgelehnt hat. Die EDU hält im Sinne einer verkehrsmässigen Gesamtlösung an dem Projekt fest.



Thomas Lamprecht
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Es entspricht nicht dem gängigen Demokratieverständnis, dass die lokalen Gegner im Bezirk Dietikon nochmals die Volksabstimmung suchen, nachdem das Zürcher Volk dem Gesamtprojekt Limmattalbahn im November 2015 mit 64,5 Prozent zugestimmt hat. Es gibt keine neuen Fakten oder Erkenntnisse zu diesem Verkehrsprojekt. Ich erachte das Projekt nach wie vor als sinnvoll und zweckmässig. Ich habe zwar Verständnis bezüglich einer generellen Wachstumskritik. Und es gilt zu berücksichtigen, dass das Projekt bei der lokalen Stimmbewölkerung mit 54 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Die kritischen Stimmen sind daher ernst zu nehmen und mögliche Verbesserungen bei der Realisierung zu prüfen. Das Verkehrsprojekt wurde allerdings zwischenzeitlich bereits optimiert, und einige problematische Stellen bereinigt.

Limmattal wächst

Das Limmattal ist gemäss kantonaler Planung eine der am stärksten wachsenden Regionen im Kanton und soll weiteres Wachstum aufnehmen können. Sie braucht deshalb eine überzeugende verkehrsmässige Gesamtlösung, die insbesondere auch den öffentlichen Verkehr stärkt. Mit der Ablehnung der zweiten Etappe der Limmattalbahn werden die Verkehrsprobleme der Region nicht gelöst, sondern ver-

schärft. Neben der fehlenden Limmattalbahn sind nämlich auch sämtliche mit dem Gesamtprojekt verbundenen Strassenprojekte in ihrer Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit in Frage gestellt.

Deutlich weniger Nutzen

Der Verzicht auf die zweite Etappe dieses Gesamtprojektes würde einerseits die Verkehrsplanung und Entwicklungskonzepte der Limmattaler Standortgemeinden und des am Projekt beteiligten Kantons Aargau für die Region Spreitenbach/Baden zunichte machen. Andererseits würde auch der Nutzen des ersten Abschnitts zwischen Farbhof Zürich und Zentrum Schlieren deutlich geschmälert. Dieser brächte lediglich Vorteile für das Siedlungsgebiet im nächsten Umfeld der verlängerten Tramlinie 2. Alle Vorinvestitionen würden hinfällig, inklusive der bereits erbrachten Planungsleistungen der Kantone Zürich (30–35 Mio. Franken) und Aargau (10–15 Mio. Franken). Das Vertrauen des Nachbarkantons in den Kanton Zürich als verlässlichen Partner dürfte nachhaltigen Schaden erleiden.

Zudem hat der Bund die gesamte Limmattalbahn als wegweisendes Verkehrsprojekt gewürdigt und ist bereit, 35 Prozent der Kosten im Rahmen seiner Agglomerationsprogramme zu übernehmen. Mit der Annahme der Volksinitiative würde das entfallen.

Die Delegierten lehnen die Initiative einstimmig ab. •



Nein zu «Wildhüter statt Jäger»



Die Jagdgesellschaften halten den Wildtierbestand umsichtig im Gleichgewicht.

Die EDU sagt nein zu selbstregulierenden Wildbeständen, weil dies weder für Tier noch Mensch Vorteile bringt. Höhere Kosten durch staatliche Wildhüter sowie durch mehr Schäden wären die Folgen.



Thomas Lamprecht

EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Mit dem Volksbegehren wird verlangt, dass der Kanton Zürich ein kantonsweites Wildtier-Management mit professionell ausgebildeten Wildhütern einführt, das die heutige Milizjagd ersetzen soll. Dabei steht die aus Sicht der Initianten natürliche Regulierung des Wildtierbestandes im Vordergrund. Bei kranken oder verletzten Tieren sollen ausschliesslich vom Kanton angestellte Wildhüter eingreifen dürfen.

Keine Vorteile aber hohe Kosten

Bei Schäden durch Wildtiere, die in der Folge aufgrund der nicht mehr erlaubten Jagd anfallen würden, zum Beispiel durch Wildschweine an landwirtschaftlichen Kulturen, soll dann grundsätzlich der Kanton haften. Ich sehe keinen Vorteil darin, die traditionelle Milizjagd zu verbieten und die Wildhut staatlich besoldeten Wildhütern zu übertragen. Die Jagd in den heutigen Revieren funktioniert dank der gut ausgebildeten Jägerinnen und Jägern sowie der engen Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden, der Land- und Forstwirtschaft und dem Naturschutz gut. Zudem kann die Entwicklung der Wildtierbestände in unserer durch die Land- und Forstwirtschaft sowie Erholungssuchende stark genutzten Kulturlandschaft nicht sich selbst überlassen werden. Die Wirksamkeit einer rein

staatlichen Wildhut wäre ungenügend sowie mit Schäden und Kosten in Land- und Forstwirtschaft von schätzungsweise 20 bis 30 Millionen Franken verbunden.

Wildbestände regulieren ist nötig

Die jagdliche Regulierung der Wildbestände und das Eingreifen bei kranken und verletzten Wildtieren sind in einer vom Menschen stark genutzten Landschaft notwendig und wissenschaftlich anerkannt. Nur in einer durch menschliche Einflüsse unberührten Wildnis können sich die Wildtierbestände selber regulieren. Würden die Reh-, Hirsch- und Wildschweinbestände hingegen im Kanton Zürich nicht mehr reguliert, stiegen diese unkontrolliert an und würden die vorhandene Lebensraumkapazität rasch deutlich übersteigen. Damit dies eben nicht geschieht, müssten landwirtschaftliche Kulturen und Jungwälder aufwändig und umfassend eingezäunt werden. Dies würde die ohnehin schon stark fragmentierten Lebensräume der Wildtiere noch weiter zerstückeln. Da dies weder wünschenswert noch machbar ist, wären Frass- und Verbisschäden in Feld und Wald, aber auch Schäden in Wohngebieten unvermeidlich. Die höhere Wilddichte würde zudem zu mehr Unfällen mit Wildtieren im Strassenverkehr führen.

Die Delegierten lehnen die Initiative einstimmig ab. •



Die Hymne schafft ein Wir-Gefühl



Vorbildlich: Kinder der Ahmadiyya-Mosche singen den Schweizerpsalm



Hans Egli

EDU-Kantonsrat und Parteipräsident, Steinmaur

Die Nationalhymne ist ein wichtiger Teil unserer Schweizer Identität und vertritt Werte, die für unser gesellschaftliches Zusammenleben von grosser Wichtigkeit sind. Gerade in der heutigen Zeit mit einer grossen Zuwanderung aus völlig anderen Kulturkreisen ist es wichtig, dass die Zuwanderer sich mit unseren Schweizer Werten wie Solidarität, Freiheit und Demokratie auseinandersetzen müssen.

Fördert Integration

Die Schweizer Nationalhymne ist prädestiniert, die Integration zu fördern und die Schweizer Kultur bekanntzumachen. Integration statt Parallelgesellschaft muss eine ganz grosse Priorität haben. Denn Parallelgesellschaften sind eine grosse Gefahr für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie. Ich glaube, niemand behauptet, dass wir kein Problem mit schlecht integrierten Zuwanderern haben. Fragen Sie Lehrer, fragen Sie Lehrmeister, fragen Sie Arbeitgeber. Alle wünschen sich eine Gesellschaft mit Respekt, Solidarität, Freiheit und Demokratie. Zuwanderer, die sich bei uns integriert haben, werden nicht in den Dschihad ziehen, werden nicht radikal.

Fachleute bestätigen hohen Wert

Die Nationalhymne singen zu können, schafft «eine gewisse Verbindlichkeit», sagte die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill in der «SonntagsZeitung». Sie will, dass sich die Schüler «mehrmals mit der Landeshymne auseinandersetzen – singend, musikalisch, literarisch». «Es ist wichtig, dass sie das Lied singen

Für mich drückt unsere Nationalhymne schweizerische Identität aus. Der Schweizerpsalm vertritt Werte, die für das Zusammenleben wichtig sind. Darum verlangte ich, dass in der Volksschule die Hymne zum Pflichtstoff wird.

können.» Für ein Hymnen-Obligatorium ist auch Christian Amsler, Bildungsdirektor des Kantons Schaffhausen und Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz. «Alle Schüler sollten die Landeshymne im Laufe ihrer Schulzeit kennen lernen.» Der entsprechende Passus des Lehrplans 21 solle in den kantonalen Lehrplänen umgesetzt werden, fordert Amsler. «Es gibt nichts Peinlicheres, als wenn Schweizer – angefangen bei der Fussball-Nationalmannschaft – die Hymne nur spärlich vor sich hin wispern.»

Im Wallis hat das Kantonsparlament ein Hymnen-Obligatorium angenommen. Der seinerzeitige Bildungsdirektor Oskar Freysinger unterstützt die Forderung: «Mein Department wird bei der Behandlung die Annahme empfehlen.» Geht es nach Armon Caviezel, Präsident des Verbands Schweizer Schulmusik, soll das künftig auch für die Deutschschweizer Schulen gelten: «Es macht Sinn, die Nationalhymne zu lernen. Das fördert die Identität und den Zusammenhalt im Land». Am besten, die Schüler singen das Lied auf mehreren Schulstufen, «damit mehr als die erste Strophe bekannt bleibt».

Bessere Fussballer ;-)

Und vielleicht haben einige Kantonsräte wie ich bei der vergangenen Weltmeisterschaft festgestellt, dass Mannschaften, die ihre Nationalhymne mit Inbrunst und Stolz gesungen haben – wie beispielsweise Island – sehr erfolgreich Fussball gespielt haben. Pointiert gesagt: Die Hymne würde unsere Fussballer erfolgreicher machen. Wir könnten bei der WM Weltmeister werden, siehe Eishockey... Leider wurde die Motion nur von der SVP mitgetragen und mit 51:108 nicht überwiesen. •

Perspektiven der Arbeitnehmer Ü50 rasch verbessern

Die Regierung hat aus Sicht der EDU kaum Ahnung davon, wie es in der Privatwirtschaft um die Arbeitnehmergruppe der über 50-Jährigen steht. Sie sollte sich ernsthafter und entschiedener um sie kümmern. Und das so rasch wie möglich.



Erich Vontobel
EDU-Fraktionspräsident, Wolfhausen

Der Kantonsrat debattierte über Perspektiven für Arbeitnehmer Ü50. Wahrscheinlich stimmen wir alle darin überein, dass sie auf dem Arbeitsmarkt ein grosses Problem haben. Die Gründe dafür sind relativ einfach: es gibt auf dem Arbeitsmarkt günstigere Leute als die Ü50. Und die sind erst noch up-to-date und eben jung und dynamisch. Dass diese Leute vermehrt aus dem Ausland geholt werden, ist augenfällig. Vor diesem Hintergrund wurde der Regierungsrat um Statistiken, Beurteilungen und Bekanntgabe allfälliger Massnahmen gebeten. Im Kantonsrat sagte ich dazu folgendes: «Aus der Antwort der Regierung schliesst die EDU, dass die Arbeitnehmer Ü50 bei der Regierung sehr wohl ein Thema sind. Das Thema ist sogar in ein Legislaturziel eingeflossen.» Zur Umsetzung wurde eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Soweit, so gut.

Regierung hat wenig Ahnung

Allerdings hat man nach dem Lesen der regierungsrätlichen Antwort den Eindruck, dass sich die Wahrnehmung der Regierung – samt ihren auf dünnem statistischen Eis entstandenen Aussagen – nicht mit der tatsächlichen Si-

tuation auf dem Arbeitsmarkt deckt. Wir, das Volk, erleben und beobachten das ziemlich anders. Die EDU empfiehlt der Regierung, dafür zu sorgen, dass besseres und mehr Zahlenmaterial vorliegt, um über präzisere Aussagen konkretere Massnahmen einleiten zu können. Und das so schnell wie möglich. Dass die Regierung offenbar keine Ahnung hat, was sich zum besagten Thema in den privatwirtschaftlichen Unternehmungen im Kanton abspielt, spricht eine eigene Sprache.

Thema ernster nehmen

Liebe Regierung: Sie müssen das Thema wirklich etwas ernster und entschiedener angehen. Und Sie sollten sich besser informieren, was in der Privatwirtschaft abgeht. Da werden – verzeihen Sie mir meine Wortwahl – teure alte Schweizersäcke auf die Strasse gestellt und der Allgemeinheit zum Durchfüttern übergeben. Mit dem frei werdenden Geld eines solchen Sackes kauft man sich anschliessend zwei junge, bestens ausgebildete Fachkräfte zum Beispiel aus Deutschland. Die Gewinne machen die Firmen, die Zeche bezahlt das Volk. Hier muss ganz klar ein Riegel geschoben werden. Danke, wenn Sie sich dies zu Herzen nehmen und auch für das Volk transparente Massnahmen einleiten. •

Einladung zum Znüni



Treffen Sie die EDU Kantonsräte montags von 9.50 bis 10.20 Uhr im «ZunftHaus zur Haue». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontaktieren Sie den
EDU-Fraktionspräsidenten Erich Vontobel:
079 459 90 61, evontobel@bluewin.ch



Weil Familie wertvoll ist: Hans Egli in den Regierungsrat

Die EDU Kanton Zürich nominiert Hans Egli als Kandidat für die Zürcher Regierungsratswahlen 2019. Der 53-jährige Kantonsrat aus Steinmaur will sich dafür einsetzen, dass die Familien des Mittelstands in der Kantonsregierung mehr Gehör finden.

Nach elf Jahren politischer Erfahrung im Kantonsparlament bewirbt sich Hans Egli für einen Sitz im Zürcher Regierungsrat. Seine Kandidatur soll den Wählerinnen und Wählern eine Alternative bieten zur einseitigen Familienpolitik der Grossparteien, die entweder nur die sozial Schwachen oder die Reichen begünstigt. Hans Egli will den Familien des Mittelstands eine Stimme geben und sie finanziell stärken – zum Beispiel über eine Erhöhung der Kinderzulagen. Damit sollen Paare wieder mehr Entscheidungsfreiheit darüber gewinnen, wie sie ihre Kinderbetreuung organisieren möchten: in der Familie, im Bekanntenkreis oder durch externe Betreuungsangebote.

Mehr als nur ein richtiges Modell

«Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass sich Familien immer wieder neu organisieren müssen. Es gibt mehr als nur ein richtiges Modell für die Kinderbetreuung. Jede Familie muss für sich die passende Lösung finden können, ohne dass der Staat einseitig nur ein Modell finanziert», sagt



Hans Egli: Bodenständiger Familienmensch

Hans Egli. Er ist selbständiger Landwirt und führt zusammen mit seiner Frau in Steinmaur einen Betrieb mit eigener Bäckerei und mehreren Angestellten. Sein Hofladen ist in den vergangenen Jahren weit über das Dorf hinaus bekannt und zu einem regionalen Treffpunkt für alle Bevölkerungsschichten geworden. Seit 2007 ist Hans Egli im Zürcher Kantonsrat und seit 2014 auch Präsident der kantonalen EDU. Er ist Mitglied der parlamentarischen Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) sowie der Interfraktionellen Konferenz (IFK). Hans Egli ist Vater von drei erwachsenen Kindern und Grossvater einer kleinen Enkelin. Weitere Informationen unter www.hansegli.ch •

MEIN AUFSTELLER

Gottes «Dampfnudeln»



Tabea Welz
Oberembrach

Vor gut zehn Jahren hat unser Sohn Benjamin, damals 9-jährig, jemandem erzählt, dass es schön sei, dass sein Vater Michael im Kantonsrat sei. Die Begründung: «Jetzt git's immer Dampfnudle mit Vanillecreme zum Zmittag, wänn dä Vati am Mäntig Sitzig hät. Er hät die nöd gärn, aber mir Chinde ebe scho». So gab es oft zur

Freude und Aufmunterung am Montag eine grosse Auflaufform Dampfnudeln und eine Riesenportion Vanillecreme zum Zmittag. Michaels Kantonsrats-Zeiten sind vorbei. Was bleibt, sind gute Erinnerungen an die «Dampfnudeln» Gottes in meinem Leben in der Zeit, als er im Kantonsrat war. All die vielen Jahre hat mir Gott viele Freuden und Aufmunterungen geschenkt. Die Freude unserer Kinder an den Dampfnudeln ist klein im Vergleich dazu. •

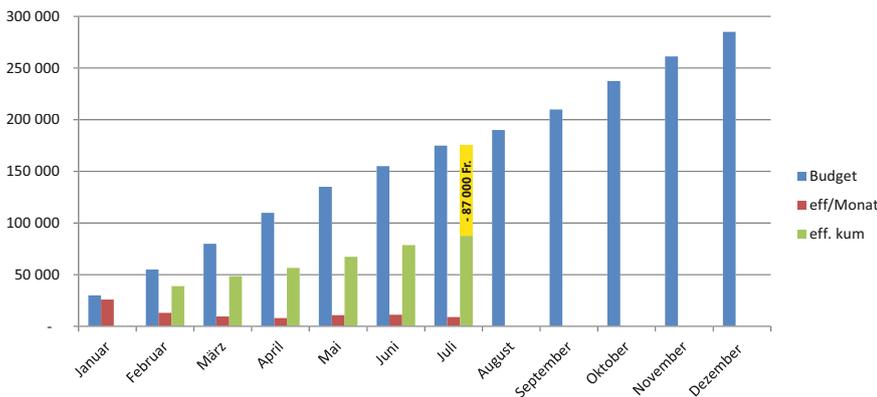
WAS IST MIT DEM, DER DEM HERRN GEHORCHT? DER HERR ZEIGT IHM DEN RICHTIGEN WEG.

PSALM 25,12

Joran Pantera, Rafz und **Arthur Vettiger, Rüti** feiern im September einen runden Geburtstag. Die EDU Kanton Zürich gratuliert herzlich!

Finanzen

Wir brauchen Ihre Unterstützung! Spendenbarometer 2018



Veranstaltungen

mit Doron Schneider



Themen:

- 1 Aktuelle Lage Israels laut Heilsplan Gottes in der Bibel
- 2 Biblische Feiertage verraten die Wiederkunft Jesu
- 3 Rolle der Araber bei der Erlösung der Juden

Termin	Thema	Zeit	Ort
So, 11.11.	3	17.00 Uhr	Uster
Mo, 12.11.	noch offen	noch offen	Zürich
Di, 13.11.	2	20.00 Uhr	Winterthur
Mi, 14.11.	1	19.30 Uhr	Illnau
Do, 15.11.	1	19.30 Uhr	Dietikon

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. **Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6.** Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Agenda

Gebetstreffen

Effretikon: Mittwoch, 5. September 2018 um 20 Uhr, FEG Effretikon, Vogelsangstrasse 9, 8307 Effretikon
Info: Peter Häni, 079 388 46 01
peanha@bluewin.ch

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr in den geraden Kalenderwochen:
5. + 19. Sept. sowie 3., 17. + 31. Okt.
Luegislandstrasse 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr: 14. Sept. + 12. Okt.
Glärnischstrasse 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 3. September + 1. Oktober
Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti. Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr:
10. + 24. Sept. sowie 8. + 22. Okt.
Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30–19 Uhr: 12. September sowie 10. Oktober
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46



Impressum

Sekretariat EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
info@edu-zh.ch

Spendenkonto
IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6
Postkonto: 80-37173-6

Kantonale Redaktion
Daniel Suter, Saya Oechslin
Gestaltung Kathrin Lisser-Enzler

Bilder:
S. 2 = Abstimmungszeitung
S. 4 = www.limmattalbahn.ch
S. 5 = www.ahmadiyya.ch

Sommer-Hoch mit Folgen

Trotz meteorologischen Prognosen und den Theorien einiger «Wetterschmecker» zeigte sich der Sommer ganz anders. Die Rekord-Trockenheit wird Folgen haben.



Welche Perspektiven haben Landwirte, Konsumenten und Tiere nach dem Dürresommer?



Hans Moser, ehem. «Landi»-Geschäftsführer

Ein kleiner Trost: Bestehende Bewässerungssysteme konnten das Schlimmste verhindern. Gewisse Krankheiten konnten sich weniger schnell ausbreiten. Die Obst- und Traubenernte könnte überraschend gut ausfallen. Trotzdem bleibt die Bilanz durchgezogen.

Nach der Hitze höhere Preise?

Trockenheit und Hitze hatten die Schweiz über Wochen fest im Griff. Die Landwirtschaft war auf Wasser aus Flüssen und Seen angewiesen. Doch was, wenn Bach- und Flussbetten austrocknen? In vielen Regionen sank der Grundwasserspiegel auf einen bedenklichen Tiefstand.

Auf landwirtschaftlichen Flächen wächst praktisch kein Futter mehr. Auch wenn Regen einsetzt, ist nur mit wenig Futterertrag zu rechnen. Teilweise musste bereits diesjähriges Heu verfüttert werden.

Die lange Trockenheit wird die Heu- und Futterpreise in die Höhe treiben, wie auch jene für Mais und Luzerne. Neben der finanziellen Belastung wachsen die Bedenken, ob überhaupt noch ein Angebot für Futter bestehen wird. Viele Bauern sehen sich gezwungen, in diesem Herbst den Viehbestand zu reduzieren. Wie stark das der Fall sein wird, hängt auch von einer möglichen Verlängerung der Alpsommer ab. Müssen wegen Futter- und Wassermangel Alpabfahrten vorgezogen werden, verschärft dies die Lage.

Die Hoffnung bleibt berechtigt

In der Schweiz wird ein mögliches Notschlachten von Rindern und Kühen den Fleischpreis nicht stark beeinflussen. Importe könnten gestoppt und so ein Inland-«Fleischberg» vermieden werden. Allerdings ist eine Einkommensminderung für die Landwirte zu erwarten, weil die Preise für Schlachtvieh sich dem Angebot anpassen und wohl deutlich sinken werden. Bleiben die Fleischpreise auf Schweizerhoch, muss sich zeigen, wie loyal der Handel mit dem Inlandangebot umgeht.

In der Kartoffelernte zeichnet sich eine Ertragsminderung von über 20 Prozent ab. Sollte weiterhin kein Regen fallen, könnte sich die Lage «dramatisch zuspitzen», berichtet Spiegel.online. Beim Herbstgemüse werden in Deutschland Ernteauffälle von bis zu 50 Prozent befürchtet. Das treibt die Preise in die Höhe. Nach dem Notschlachten von Kühen und teuren Futterzukaufen könnten ebenfalls Milch und Milchprodukte knapper und damit auch teurer werden.

Hitze und Dürre machen auch den Exportländern Frankreich, Niederlande und Belgien zu schaffen. Das heisst: Die Schweiz kann Ausfälle von Kartoffeln und Gemüse nicht einfach mit Importen ausgleichen.

Das «Wasserschloss Schweiz» zeigte sich für einmal von einer ganz anderen Seite. Die Hoffnung auf Regen und auf einen guten Herbst bleibt gross. •

Den Islam staatlich anerkennen?

In mehreren Schweizer Kantonen, so auch im Kanton Zürich, soll der Islam staatlich anerkannt werden. Statt das Anerkennungssystem auszubauen, sollte dieses schrittweise umgebaut werden.



Daniel Suter, Geschäftsführer EDU Kanton Zürich, Theologe MTh

Religion ist ein wichtiges Element im Zusammenleben einer Gesellschaft. Dass in Zürich die Landeskirchen und zwei jüdische Gemeinschaften staatlich anerkannt sind, macht historisch Sinn. Denn Christentum und Judentum sind aus demselben Holz gewachsen, aus dem das Wertefundament von Gesellschaft und Staat geschnitten ist. Der Islam hingegen versteht sich als Gegenreligion, die Christentum und Judentum ersetzt.

Reibungsflächen

Schwimmunterricht, Klassenlager oder christliche Feste sind nur einige der Reibungsflächen, die beispielsweise in den Schulen auftreten. Grössere Schwierigkeiten bieten der Aufruf zu Hass gegen alles Nicht-Islamische, Parallelgesellschaften oder das Scharierecht.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich reagiert auf diese Herausforderungen, indem er die öffentlich-rechtliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften auch auf islamische Gemeinschaften ausdehnen will.

«Gütesiegel» für die Religionen

Mit der öffentlich-rechtlichen Anerkennung verleiht der Staat den betroffenen Religionen faktisch ein Gütesiegel. Die Anerkennung würde von islamischen Gläubigen als staatliche Anerkennung der Lebensweise nach der Scharia

gedeutet. Konsequenter gelebter Islam nach dem Vorbild des Propheten kollidiert aber zwangsläufig mit unseren Grundwerten und mit dem Rechtsstaat. Hass und Gewalt von Muslimen beispielsweise gegen Juden im Nahen Osten entspricht der konsequenten Umsetzung der Lehren des Propheten.

Anerkannte Religionen werden mit Kostenbeiträgen für gesellschaftlich relevante Leistungen unterstützt. Derzeit erhalten die fünf staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften pro Jahr 50 Millionen Franken. Im Frühjahr lancierte die Regierung das Pionierprojekt «Muslimische Spital- und Notfallseelsorge». Die Steuerzahler kostet dies für zwei Jahre 325 000 Franken. Dass auf der Grundlage der Anerkennung grössere Summen fliessen werden, ist absehbar. Schliesslich würden über die Steuern islamische Theologen und auch Moscheen mitfinanziert.

Staat unter Zugzwang

Die staatliche Religionspolitik geht auf die Reformation zurück und hat in der Vergangenheit befriedend gewirkt. Dass die Zürcher Regierung am Anerkennungssystem aber heute noch festhalten will, wirkt anachronistisch. Gesellschaftliche Verhältnisse, Religionen und staatliche Aufgaben haben sich seit dem Mittelalter gewandelt.

Die Zürcher Regierung geht davon aus, dass es aufgrund des Diskriminierungsverbots (Art. 8 BV) nicht zulässig ist, den Islam kategorisch von einer Anerkennung auszuschliessen. Aufgrund des liberalen Zeitgeistes sieht sie sich unter Druck, den islamischen Gemeinschaften die Anerkennung längerfristig gewähren zu müssen.

Fazit

Die Reibungsflächen zwischen Islam und schweizerischer Kultur werden durch eine Anerkennung nicht beseitigt, sondern verschärft. Zudem wird der Staat mit dem aktuellen Anerkennungssystem den Islam längerfristig anerkennen müssen. Darum sollten die heute anerkannten Religionsgemeinschaften zusammen mit dem Staat das Anerkennungssystem schrittweise umbauen. •



Soll die staatliche Anerkennung ausgebaut werden?



Hin zum «gläsernen» Menschen?

Bis 2020 will China ein sogenanntes Sozialpunktesystem einführen. Wer sich brav an Gesetz und Ordnung hält kriegt Punkte, wer sich unanständig benimmt, muss Federn lassen. Mit der Digitalisierung wird «Big Brother» auf erschreckende Weise Realität.



Markus Reichenbach,
Präsident EDU Biel-Seeland, Ing. FH

Der Nationale Volkskongress in China hat über ein Sozialpunktesystem beraten, das bis 2020 eingeführt werden soll. Dabei sorgen Millionen von Kameras für eine flächendeckende Überwachung. Innerhalb von wenigen Sekunden sollen Menschen erkannt werden können.

Auf dem Weg zur totalen Kontrolle

Wer eigenwillig ist, Kritik an der Regierung übt oder unordentlich ist, kriegt Minuspunkte. Wer artig ist, erhält Pluspunkte. Wer viele Punkte besitzt, ist kreditwürdig, kommt leichter zu einer Bewilligung oder erhält Sozialleistungen. Wer die Strasse bei Rot überquert, zu schnell fährt oder sich irgendwie ungeschickt verhält, dessen Daten erscheinen auf einem grossen Bildschirm – mit Bild und Name. So soll man daran erinnert werden, dies nie mehr zu tun. In der Millionenstadt Zhengzhou testet die Polizei sogar Kamerabrillen. Bösewichte können sofort gestoppt werden. Bürger sollen sich angeblich nicht mehr fürchten müssen. «Big Brother» schützt sie rund um die Uhr. Möglich macht das die Digitalisierung.

Moral, die Grundlage einer Nation

China hat begriffen, dass Werte wichtig sind und nicht nur das Bruttosozialprodukt einer Volkswirtschaft zählt. Die Bürger sollen sich

ordentlich und anständig verhalten, die öffentliche Ordnung ist wichtig. Diese Funktion nahmen im Westen früher die Kirche und die Eltern wahr. Eine weit verbreitete Gottesfurcht schuf Frieden und Ordnung, die Menschen hielten sich an ihre moralischen Pflichten.

Wird durch die Digitalisierung auch Gott arbeitslos? Fast scheint es so, soll moralisches Verhalten nun durch den Staat erzwungen werden. Die Frage bleibt: Wer kontrolliert den, der kontrolliert? Wer bestimmt, was unordentlich ist? Denn letztlich sind die Kontrolleure auch nur Menschen ...

Man sollte meinen, die Kommunisten hätten genügend Erfahrungen mit solchen Ideen machen können. Karl Marx wollte den neuen Menschen schaffen. Er erklärte Gott für abgeschafft und setzte den Staat zur Umerziehung des Menschen ein. Das Projekt des Atheismus endete in einem Desaster, in der Sowjetunion wie in der DDR.

Allein Lenin und Stalin haben gegen 66 Millionen Menschen umplatziert und in Umerziehungslagern beseitigen lassen. Was Mao in China getan hat, bleibt im Dunkeln.

Gott zu digitalisieren ist absurd. Seine Anweisungen (zum Beispiel die 10 Gebote) sind eine gute Leitplanke. Wieso lernen die Menschen nichts aus der Geschichte? •



Ist Lohnungleichheit immer diskriminierend?

Das Thema ist ein Dauerbrenner. Analysen, warum Frauen weniger als Männer verdienen, fehlen weitgehend. Die Medien zeigen kaum Interesse, Ursachen aufzuzeigen. Das Bundesamt für Statistik (BFS) stellt lediglich fest, dass es Lohnunterschiede gibt. Diese sind nicht in jedem Fall diskriminierend.



Martin Lex, Bauleiter

Seit Jahren wird darüber debattiert, dass Frauen für gleichwertige Arbeit nicht denselben Lohn wie Männer erhalten. Sicher ist: ungerechtfertigte Lohnunterschiede sind diskriminierend. Aber wir sollten Augenmass behalten. Wir stehen allgemein kurz davor, für alles und jedes eine Lösung finden zu wollen – möglichst gendergerecht. Abertausenden von Firmen wird dann zugemutet, die immense Kontrollwut mitzufinanzieren. Und dies, weil einige wenige Firmen Frauen lohnässig nicht gleich behandeln.

Grosses subjektives Empfinden

Basiert die Forderung wirklich darauf, den Frauen Gerechtigkeit zu verschaffen? Nicht gleicher Lohn für gleiche Arbeit wäre anzustreben, sondern eine Entlöhnung, die der persönlichen Leistung entspricht und ein gutes Leben ermöglicht. Denn: Lohnungerechtigkeiten gibt es viele, und auch Männer sind betroffen. Der Staat sorgt selber für grosse Ungerechtigkeiten, indem der Durchschnittslohn seiner Angestellten etwa 120 000 Franken beträgt, der landesweite Durchschnittslohn jedoch nur rund 73 000 Franken. Könnte es sein, dass die erwähnte Forderung letztlich ideologisch und feministisch besetzt ist?

Betroffene, die ihrer Einschätzung nach zu wenig Lohn erhalten, tun gut daran, sich zu verändern. Älteren Arbeitnehmenden sind dabei oft Grenzen gesetzt. Jüngere hingegen können oft besser verhandeln, sich weiterbilden oder umschulen, die Stelle wechseln usw.

Letztlich kann «Lohnungerechtigkeit» nicht gemessen bzw. eliminiert werden, weil das Emp-

finden von Ungerechtigkeiten subjektiv ist. Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz ist häufig ein Grund, sich nicht über zu wenig Lohn zu beklagen.

Persönliche Möglichkeiten ausschöpfen

Die Höhe des Lohns wird von verschiedenen Faktoren bestimmt: Ausbildung, Leistungsbereitschaft, Weiterbildung, Können, Erfahrung, soziale Kompetenz, Fremdsprachen, Dauer der Anstellung, Schichtarbeit, Belastbarkeit usw. Frauen arbeiten weniger in Branchen, wo schwere Arbeiten anfallen. Diese Betriebe zahlen tendenziell höhere Löhne. Branchen, die stark unter Druck stehen, weisen ein tieferes Lohnniveau auf. Momentan ist der Detailhandel mit vielen angestellten Frauen von Arbeitsplatzabbau betroffen.

Wenn Menschen mit ihrem Lohn nicht auskommen, bilden sie sich oft weiter, wechseln die Branche und handeln damit selbstverantwortlich. Das stärkt die persönliche Würde und ermöglicht selbständige Entscheidungen.

Die Hochschule St. Gallen hat eine interessante Studie über Lohnfragen veröffentlicht (Internet): «Studie zu den statistischen Analysen der Eidgenossenschaft betreffend die Lohnungleichheit von Mann und Frau.»

Der Bericht über die Lohnerhebung zwischen Mann und Frau des Bundesamts für Statistik gibt leider keine Erklärungen über Gründe der Lohnunterschiede ab. Damit ist es sicher nicht korrekt, generell von «Lohndiskriminierung» zu reden. •



Wer garantiert die oft zitierte «unbeschwerter» Kinder- und Jugendzeit? Ideologisch geprägte Umprägungsversuche sollten an den Schulen keinen Platz finden.

Toleranz – aber bitte für alle!

An der Street Parade und an «Love-Paraden» weltweit feiern Menschen die sogenannte sexuelle Vielfalt. Solange andere Meinungen ebenso geäussert werden dürfen und gleichberechtigt gelten, ist das legitim. Im schulischen Bereich bleibt genaues Hinsehen wichtig.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kt. St. Gallen

Bekennende Christen sind überzeugt, dass Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen hat. Diese ergänzen sich in ihrer Unterschiedlichkeit. Davon zeugen neben äusseren Merkmalen die Hormone, Empfindungen und Vorlieben. Eine lebenslange treue Beziehung zwischen Mann und Frau ist jedoch eine herausfordernde Lebensschule und braucht vorausgehende Heranreifung. Eigenes Versagen und Scheitern lässt manchmal offen werden gegenüber Untreue und dem Versuch, das eigene Geschlecht neu zu erfinden. Insbesondere dann, wenn ein solches Ausbrechen zunehmend als natürlich und normal dargestellt wird.

Gewollte «Umprägung» der Menschen?

Das Verständnis jedoch, dass der Mensch jenseits von seinen biologischen Voraussetzungen die sexuelle Ausrichtung und Lebensweise frei wählen soll, darf zum Beispiel an Schulen nicht verpflichtend gelten. Sonst werden Eltern ihres Menschenrechts beraubt, ihre Kinder nach den eigenen Überzeugungen zu erziehen und zu prägen. Wenn an Universitäten und Kantonsschulen Gender-Mainstreaming als wissenschaftlich dargestellt wird, entbehrt dies seriösen Grundlagen. Damit werden Mädchen und Jungs behin-

dert, ihr Geschlecht gemäss ihren natürlichen Anlagen zu entwickeln und auszuleben, und bereits früh verwirrt und nachhaltig geprägt. Leider ist dies durchaus gewollt, wie an einem Podium an der Hochschule Luzern kürzlich überaus deutlich zum Ausdruck kam. Dabei brauchen Kinder Unterstützung in ihrem Identitätsfindungsprozess und nicht Bestärkung bei Identitätsstörungen, etwa dann, wenn sie sich zum gleichen Geschlecht hingezogen oder im falschen Körper fühlen. Gefühle bezüglich Sexualität und Identität müssen weiterhin hinterfragt werden dürfen, wie in anderen Bereichen auch. Betroffene sollen, wenn gewünscht, die nötige Hilfe erhalten.

Für freien «Wettbewerb der Argumente»

In einer freien Gesellschaft müssen gesellschaftliche Entwicklungen und deren Auswirkungen, ob nun absichtlich herbeigeführt oder nicht, weiterhin kritisch beurteilt werden dürfen. Auch unser Land kann sich nur optimal entwickeln, wenn der Wettbewerb der Argumente ebenbürtig geführt werden kann und der Staat nicht immer mehr in die Meinungsbildung der Bürger und die Erziehungsrechte der Eltern eingreift. •

klipp & klar

Lisa Leisi, David Gysel, Thomas Feuz

Ärzte für Lebensschutz

Anfangs August setzten sich Hunderte argentinische Ärzte an einem Protestmarsch gegen den Schwangerschaftsabbruch ein. Ärztevereinigungen und die Argentinische Akademie für Medizin äusserten sich entsprechend. Grundtenor: «Einen menschlichen Embryo zu zerstören bedeutet, die Geburt eines Menschen zu verhindern. (...) Es bedeutet nichts Gutes, wenn die Gesellschaft den Tod als Lösung wählt.» Am 9. August lehnte der Senat eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 14 Wochen knapp ab.



Brücken

Nach dem Einsturz der Genueser Autobahn zieht Deutschland Bilanz. Durch den starken Verkehr würden die 39 100 Autobahnbrücken schneller altern. Diese werden alle drei Jahre teil-, alle sechs Jahre hauptüberprüft. Seit 2000 habe sich der Brückenbestand mit «gutem» Zustand mehr als halbiert, der Anteil an «gerade noch ausreichend» jedoch fast verdoppelt. (welt.de)

Islamistischer Terror

Sami A. wurde von deutschen Sicherheitsbehörden als islamistischer Gefährder eingestuft und nach Tunesien abgeschoben. Nun spricht das Oberverwaltungsgericht Münster von «offensichtlicher Rechtswidrigkeit». Frage: Was geht vor, das Recht auf Sicherheit aller oder die rechtliche Unantastbarkeit möglicher islamistischer Attentäter? Für die Grünen keine Frage: Sie fordern den sofortigen Rücktritt des Integrations- und Flüchtlingsministers Joachim Stamp. (welt.de)



Moscheen «mit Tiefgang»?

Irische Muslime bezeichnen eine bestimmte Moschee in Dublin als «Tora Bora», ein von den Alliierten vormals angegriffener Höhlenkomplex an der afghanisch-pakistanischen Grenze. Einer der Imame, der Sudanese Yayah al-Hussein, sei Mitglied der Hamas; viele der Gemeindeglieder sollen bosnische und afghanische Dschihadisten sein. (gatestone)

GB: gegen christliche Flüchtlinge?

«Christliche Flüchtlinge werden diskriminiert», so der Vorwurf der Agentur Gatestone. Hintergrund: Im 1. Quartal 2018 empfahl die UNO 1 358 Menschen aus Syrien zur Ansiedlung in Grossbritannien, darunter nur 4 Christen. Die Regierung war bereit, 1112 dieser Personen umzusiedeln und weigerte sich, die 4 Christen aufzunehmen. «Dies zeigt ein Muster von Diskriminierung, gegen welche die Regierung gesetzlich zu Schritten gezwungen wäre», hält Lord David Alton aus Liverpool in einem Brief an den britischen Innenminister Sajid Javid fest.



Wechsel des Geschlechts

«Jede Person, die innerlich fest davon überzeugt ist, nicht dem im Personenstandsregister eingetragenen Geschlecht zuzugehören, kann auf dem Zivilstandsamt erklären, dass sie den Eintrag ändern lassen will» heisst es in einer aktuellen Vernehmlassung. Der Bundesrat verzichtet vorläufig auf die Einführung eines dritten Geschlechts. Bis Ende September können Privatpersonen und Organisationen Stellung nehmen.

Incoraggiare



Di tanto in tanto leggo articoli che promuovono, incoraggiano e sostengono buoni valori. Recentemente ne ho letti due nella Rubrica «Lettori che scrivono» del Corriere del Ticino: di Pietro Brenna «Meglio donare che possedere» e di Fausto Foppa «Diamo a Cesare ...» Articoli che mi hanno fatto bene al cuore e perciò ho deciso di condividere il mio pensiero.

Fiorenzo Milani, membro UDF Ticino

Pietro Brenna parla di rispondere con il bene al male, di edificare il nostro interlocutore, più specificamente di riconoscere umilmente i nostri limiti e di usare questa consapevolezza per rispondere in un modo direi tanto imprevedibile quanto illogico (non conseguente) alle difficoltà, alle provocazioni. Ne parla chiaramente e senza presunzione così da farmi meditare sulle certezze che persone come lui devono avere sulle quali potersi appoggiare per trovarsi nella condizione di reagire in modo positivo: non solo per il destinatario, ma anche per il mittente e quindi per la collettività.

Quale modo eccellente per concepire la vita, di vivere la propria dignità, di trasmettere e di proteggere buoni valori della vita, di farne beneficiare le persone che ci circondano come la famiglia (attenzioni e attitudine servizievole tra marito e moglie, tra genitori e figli), gli amici (contatti profondi e sinceri) e, di riflesso, la società e la politica. Quale modo eccellente di fare politica con questi principi.

Fausto Foppa elogia l'eleganza, la cordialità, la comprensione e la correttezza della Polizia Cantonale. Quando vedo la Polizia o le nostre Guardie di confine, anch'io rivolgo loro un pen-

siero, una preghiera e, a volte, una parola di incoraggiamento per quello che fanno anche per me. I «buoni o i cattivi» li trovo ovunque, ma non dimentico che queste persone a volte rischiano la vita per la mia sicurezza. E non potete immaginare quanto può fare loro del bene una buona parola. Anche noi possiamo alzarci con il «piede sbagliato» e basta un incoraggiamento per farci di nuovo apprezzare la vita.

Quando il nostro cuore si allarga di fronte al bene e riconosciamo i nostri limiti, i nostri errori o peccati, (e non c'è bisogno di uccidere, basta mentire, insultare o in modo più sottile

odiare, provare rancore), e passiamo attraverso il perdono, si apre la via maestra portatrice di quella forza, di quei valori immutabili e garanti di un modello di vita senza dubbio più appagante per ognuno di noi. Se tanto abbiamo ricevuto, diamo a Cesare... diamo a Dio...

In Svizzera un giovane di età inferiore ai 18 anni si suicida ogni 15 giorni. Non ne conosciamo i motivi. Una cosa però è certa: far bene al cuore di questi giovani, quando ancora è possibile, ridurrebbe questo tristissimo dato.

«Menschen für die EDU als einzigartige Partei begeistern»

Warum sind Sie bei der EDU?



«Die EDU ist verhältnismässig klein und vielen unbekannt. Sie ist eine einzigartige Partei, indem sie sich klar zum christlichen Glauben bekennt. Ich habe festgestellt, dass viele Menschen oft nicht wissen, wie sie abstimmen sollen. Hier sehe ich eine Möglichkeit, mich einzubringen. Ich möchte Christen motivieren, ihre Rechte und Pflichten als Bürger wahrzunehmen und an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. So nahm ich die Herausforderung an und wurde an der letzten Mitgliederversammlung zum Präsidenten der EDU Bezirk

Aarau gewählt. Ich freue mich, auf Menschen zuzugehen, sie für die Politik zu begeistern und über Abstimmungen und Wahlen zu informieren. Mein Anliegen ist es, dass Christen vermehrt einen positiven Einfluss in unserem Land ausüben können.»

Simon Füllemann (45)
verheiratet, 2 erwachsene Kinder; Theologische Ausbildung zum Pastor; Postmitarbeiter, Präsident EDU Bezirk Aarau; Aarau

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Feiner Rot-Wein aus den Bergen Judäas/Israel. Spring River aus Gush Etzion/Efrat, 75 cl für nur CHF 23.–/Fl. (excl. Versandkosten). 65 % Cabernet Sauvignon, 22 % Merlot, Petit Verdot, Cabernet Franc. 14 Monate im Eichenfass gereift. K: Madeleine Kobelt; m.kobelt@sunrise.ch, 061 981 68 13

VERMIETEN

Mülenen b. Reichenbach: **Neu renovierte, heimelige 4.5-Zi.-Dachwohnung** (2.5 + 2 kleine Zimmer). **Im Grünen mit Alpenpanorama**, mit Laube, Keller und grossem Garten mit Grillplatz. Miete: CHF 1190.– + 160.– NK. K: 079 656 10 46, 033 222 22 80, beratunguhuthu@gmail.com

8 – 11-Zi.-Wohnung mit Umschwung in Herisau, ideal für WG oder Jüngerschaft. K: info@vicb.ch

Einfaches **3 ½-Zi.-Einfamilienhaus in Bachenbülach ZH**, mit Holzheizung und Garten. Ab Nov. 2018, Nettomiete CHF 1100.–. K: 044 322 12 20, 044 865 36 37

Haus mit Umschwung, in Leimbach, Thurgau. Ab Dezember 2018 oder nach Vereinbarung. K: 076 331 53 99

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Es bieten sich an stimmungsvolle Herbstwanderungen in einer einzigartigen Bergwelt und im Winter ein familiäres Skigebiet mit zwei Skiliften, Langlaufloipen und Winterwanderwegen; beliebtes Skitourengebiet. CHF 480.–/W. von Dez. bis März, CHF 380.–/W. in den übrigen Jahreszeiten. K: 071 642 15 19

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee. Gepflegte, helle Wohnung. Ideal bis 2 Pers. Inkl. Küchen-, Bad- u. Bettwäsche. TV, WLAN, PP vor Haus. ÖV 2 Min. Ohne Haustiere. CHF 60.–/N. Endreinigung CHF 70.– plus Kurtaxe. K: 078 666 36 51

VERSCHENKEN

Text-CD: Gottes Wort bleibt! Antworten auf unsere wichtigsten Fragen, Stärkung und Ermutigung aus 100 % Wort Gottes! U. a. zu folgenden Themen: **Der Weg zum rettenden Glauben. Verheissungen vom Herrn. «Herr Jesus, lehre uns beten!» Hilfe im Alltag. Herrliche Zukunft für die Kinder Gottes!** Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. K: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 2. Montag im Monat, Beginn 19.15 – 19.30 h, Schluss 21 h, im «be blessed plus», Rathausgasse 8; EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30 h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26; EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15; EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9 – 10 h, Luegislandstrasse 27; EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30 – 19 h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33; EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

7.9. Schaffhausen: 20 h, Ratshauslaube: Öffentlicher Vortrag «Gehört der Islam zur Schweiz», mit M. Hikmat. Organisiert von der EDU Schaffhausen. K: www.edu-sh.ch

10./24.9. Bülach: 20 h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4; Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

11.9. Liestal: 19.30 h, Rest. Falken, Rheinstrasse 21; Vortrag «Stark durch Bindung und Präsenz», mit Regula Lehmann, Leiterin Familienprojekte Zukunft CH. Organisation EDU-Baselland. Eintritt frei – Kollekte. K: www.edu-baselland.ch

16.9. Herisau: 17 h, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1; EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

Christliche Anlässe

Landeskirchliche Minorität Heiden

1.9. 9.30 h, Heiden AR, Schalometreffen «Ernst der Nachfolge Jesu», mit Pastor Olaf Latzel, D.
2.9. 9.30 h, Gottesdienst «Glaubwürdigkeit und Autorität der Heiligen Schrift»
K: 071 855 21 01, www.minoritaet-heiden.ch

Credo Schloss Unspunnen Wilderswil

7.9. CredoGebet
9. – 14.9. Foto-Freizeit
K: 033 822 32 06, www.credo.ch

Ländli Oberägeri

7. – 9.9. «Heilkraft der Feste»
14. – 16.9. Auszeit für Paare «Der Beziehung etwas Gutes tun»
21. – 23.9. Tage der Stille
21. – 23.9. Frauen-Verwöhn-WE «Heldinnen des Alltags»
28. – 30.9. Frauen-Impuls-WE «Sei ermutigt – du bist einmalig»
6. – 13.10. Retraite mit Fasten und Schweigen K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Zukunft CH

Vortragstournee mit Familienfachfrau und Preisträgerin Regula Lehmann «Stark durch Bindung und Präsenz», jeweils 19.30 h, Eintritt frei, Kollekte
11.9. Liestal, Rest. Falken, Rheinstrasse 21, in Zusammenarbeit mit der EDU Basel-Land
18.9. Schaffhausen, Chrischona-Gemeinde, Hauenalstrasse 144
24.10. Wettingen, Freie Evangelische Gemeinde, Chrüzpunkt, Landstrasse 170
25.10. Wetzikon, Pfarreizentrum Heilig Geist, Langfurrenstrasse 10
K: 052 268 65 00, info@zukunft.ch, www.zukunft.ch

Gemeinde für Christus

15. – 16.9. Bettagskonferenz in Bülach «Grow – Fünf Schlüssel zu geistlichem Wachstum», K: www.bettagskonferenz.gfc.ch
17. – 21.9. Tage der Gemeinschaft. Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen, K: 031 770 71 71, www.freizeithaus.gfc.ch
26. – 28.10. Frauen-WE.
K: siehe 17. – 21.9.

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

16. – 21.9. Seminarwoche aktive Senioren, mit E. u. K. Kipfer und Alexander Wich
18. – 20.9. Weiterbildung: «Seelsorge 2», mit Frank Born
21. – 23.9. Adventure-Race: Wettkampf in 3er Teams
26.9. Weiterbildung: «Prävention sexueller Ausbeutung», mit H. Meier
28. – 30.9. Regionaltagung Wort + Wissen, K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

MEOS Interkulturelle Dienste

Tag der offenen Tür
22.9. 10 – 16 h, Hirzenbachstrasse 102, Zürich: «Lernen Sie MEOS und die Teams kennen»
23.9. 10 – 16 h, 10 h: Festgottesdienst, 12 h: gemeinsames Mittagessen (mit Anmeldung), 18 h: Abendgottesdienst mit Rehobot
K: 044 320 00 40, info@meos.ch

Schweizerische Stiftung für die Familie

27.9. 15.30 – 18.30 h, Pfarreizentrum Liebfrauen, Zürich: «Forum Wirtschaft trifft Familie» Dipl. Psychologe Joachim Lask, Wirtschafts- und Sportpsychologe, präsentiert wissenschaftlich evaluierte Konzepte. Ein ideales Forum für mittelständische Unternehmer und Führungskräfte, welche neue Wege der Vereinbarkeit gehen wollen und die Ressource der Familie und Partnerschaft für ihr Unternehmen nutzbar machen wollen.
www.stiftung-familie.ch/forum

Licht im Osten

LIO-Fest – «Vertrauen»
«Tue Gutes und verzage nicht!»
20.10. Winterthur, Arche Winti
21.10. Bern, FMG
Spannende Berichte von 4 Partnern aus Jakutien, Usbekistan und der Ukraine! Kinder aus ukrainischen Grossfamilien singen. Mit Kaffee und Gipfeli ab 9.30 h und Mittagessen. K: 052 245 00 50, www.lio.ch

Action Biblique Bern/FEG Bern

27.10. 9 – 12 h, Kapelle im Siloah-Areal, Worbstrasse 328, Gümli-Gen: Seminar «Biblische Seelsorge an Kranken, Sterbenden und Trauernden», mit Prof. Dr. Armin Mauerhofer. Teilnahme kostenlos, Anmeldung erwünscht. K: 031 515 62 64, www.ab-bern.ch/kontakt

HMK/Kultour Ferienreisen

22.1. – 6.2.2019 Vietnam: Wunder-schöne Rundreise mit Projektbesuchen bei HMK. Reisebegleitung: Conny Brizza. Bitte frühzeitig anmelden. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. K: 052 235 10 00, info@kultour.ch, www.kultour.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

**STAND
PUNKT**

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Der «EDU-Standpunkt» 10/2018 wird am 24. September versandt. Redaktionsschluss: 7. September, Druck: 20. September 2018

Impressum

HERAUSGEBER/ REDAKTION

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

**ADMINISTRATION UND
 ADRESSMUTATIONEN**

033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)
 031 818 01 42
 inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ

033 222 37 06
 marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
 Arthur Gasser
 Roland Haldimann
 Lisa Leisi
 Martin Lex
 Hans Moser
 Markus Reichenbach
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite, S. 14: iStock.com
 2, 5, 11, 12, 13, 14, 16: pixabay.com
 4: Harold Salzmann
 8, 9: Thomas Feuz
 15: shutterstock.com
 Kopfbilder: zvg

Erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage: 24200 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

PROBEABONNEMENT

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

JAHRESABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5% MwSt.)

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs

fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze

Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

PROSPERITA
 Die christlich-ethische
 Pensionskasse
www.prosperita.ch

baumann
elektro
 jung, dynamisch und motiviert
baumannelektro.ch | 031 721 62 27

MAF
 Flying for Life
maf-swiss.org

Huwa
 100 Jahre
www.huwa.ch

Solidarität unter Christen
Firmen und Dienstleistungen
 stehen Ihnen zur Auswahl
www.cgs-net.ch
 CGS ECS IC
 Christliche Geschäftsleute Schweiz

RE/MAX
 Immobilienmakler
 Nathanael Regez
 Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

Mercy Ships
SPITALSCHIFFE
 FÜR DIE ÄRMSTEN
 Sie können
 helfen!
www.mercyships.ch



Gesundheitspark mit Schweizer Schuhproduktion auf über 9'000 m²

Wollen Sie ein Leben lang schmerzfrei gehen können? Entdecken Sie an über 70 Stationen, wie und warum das viel einfacher ist, als Sie denken.

- Testen Sie Ihre Beweglichkeit, Ihr Balanciervermögen und Ihr Immunsystem.
- Erleben Sie, warum die Füße der Schlüssel zu Ihrer Gesundheit sind.
- Schauen Sie zu, wie in der Schweiz Schuhe industriell hergestellt werden.

Gutschein für einen kostenlosen Eintritt in die Erlebnisproduktion «kybun World»
im Wert von CHF 12.-
kyEDU0618-01 / Gültig bis 30.06.2019

**kybun⁺
world**

kybun-world.com



CSI-Tag 2018 ■ Sie sind herzlich eingeladen!

Samstag | 22. September
2018 | 10 bis 15.30 Uhr

Evang. Kirchgemeindehaus
Zürich Höngg

Ackersteinstr. 190 | 8049 Zürich

Ab Zürich HB: Tram Nr. 13 Richtung
Frankental bis Meierhofplatz

csi-schweiz.ch/csi-tag

Anwältin Esther



Sri Lanka ■
Zunehmende Bedrohung
für religiöse Minderheiten

Franco Majok



Nigeria ■
Religiöse Säuberung
gegen Christen

Schwester Marie-Rose



Syrien ■
Religiöse Minderheiten zwischen Hoffnung und Verzweiflung

Dr. John Eibner



GOTT ERLEBEN

MIT DANIEL & ISOLDE MÜLLER

bekannt durch die TV Sendung "Freude am Leben"

22.09.2018 | 13:30 Uhr | EGW BERN | Nägeligasse 9

missionswerk.de

